

Land*In*Form

3/2014

Auszug

Herausgeber:

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

dvs@ble.de

www.land-inform.de

Eingriffe in die Natur durch Ökolandbau ausgleichen

Im Rahmen eines Pilotprojektes wird in Niedersachsen erstmals die Umstellung auf ökologischen Landbau als produktionsintegrierte Kompensation bei Eingriffen in den Naturhaushalt anerkannt. Zukünftig soll das Modell in Niedersachsen breitere Anwendung finden.

Von Manfred Böhling

Wer durch den Bau einer Wohnsiedlung, einer Straße oder eines Windparks Flächen versiegelt und in Natur und Landschaft eingreift, muss nach dem Bundesnaturschutzgesetz für einen Ausgleich sorgen. Bisher werden dafür oftmals Hecken angelegt, Flächen aufgeforstet oder Gewässerufer renaturiert, was aus landwirtschaftlicher Sicht zu einem weiteren Flächenverlust führt. In Niedersachsen können nun erstmalig Eingriffe in Natur und Landschaft durch den ökologischen Landbau ausgeglichen werden. Eine solche Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der landwirtschaftlichen Produktion nennt man produktionsintegrierte Kompensation (PIK).

Ökolandbau kombiniert mit Artenschutz

Im Rahmen eines Pilotprojektes des Kompetenzzentrums Ökolandbau Niedersachsen (KÖN) stellt Landwirt Jan Hemmeke, der bereits ökologisch wirtschaftet, 2014 und 2015 weitere 16 Hektar Ackerland auf Ökolandbau um. Zusammen mit angrenzenden Ökofeldern entsteht ein 22 Hektar großes Areal, das in fünf Felder unterteilt wird. Der Bio-Landwirt bewirtschaftet es in einer fünfgliedrigen Fruchtfolge und legt dazwischen Gras-Stauden-Säume an. „Wo Feldlerchen, Rebhühner oder wie dieses Frühjahr Kiebitze in den Feldern und Grassäumen brüten, lässt Jan Hemmeke die Nutzung bis zum Ende der Brutzeit ruhen“, sagte Christian Kerperin von der Naturschutzbehörde des Landkreises Grafschaft Bentheim bei der Besichtigung der neuen Ökoflächen. Er betreut die Umsetzung fachlich gemeinsam mit Paul Uphaus, Geschäftsführer der Naturschutzstiftung Grafschaft Bentheim.

Die Flächen werden durch die ökologische Bewirtschaftung naturschutzfachlich aufgewertet, eine Voraussetzung zur Anerkennung als Kompensationsmaßnahme: Der Boden wird durch den Ökolandbau wieder lockerer und kann mehr Wasser aufnehmen, die Humusbildung wird gefördert. Auf den Äckern wachsen wieder vermehrt Wildkräuter wie Kamille, Mohn und Vergissmeinnicht. Sie bieten Lebensraum und Nahrung für Spinnen und Insekten. Die Kleintiere locken wiederum Feldvögel an, Greifvögel finden mehr Beute. Die Umstellung und die ergänzenden Pflegemaßnahmen werden dauerhaft vertraglich und grundbuchlich gesichert.

Anrechnung auf Ökokonto

Für die Einschränkungen bei der Flächenbewirtschaftung erhält der Landwirt von der Naturschutzstiftung einen finanziellen Ausgleich. „Die Aufwertung der Flächen wird nach einem speziellen Bewertungsschema in Ökopunkte umgerechnet und fließt in ein bei uns geführtes Ökokonto ein“, so die beiden Geschäftsführer der Stiftung, Hartmut Schrap und Paul Uphaus. Wer einen Eingriff verursacht, kann sich des Ökokontos bedienen und muss für entsprechende Ausgleichsmaßnahmen zahlen. „Über den Verkauf der Ökopunkte erfolgt die Refinanzierung des Gesamtprojektes“, so Schrap. Die Umstellung der Flächen wird jährlich von einer unabhängigen Öko-Kontrollstelle überprüft. Eine begleitende Untersuchung der Universität Kassel soll erkunden, wie die Aufwertung für den Naturschutz erfasst und dokumentiert werden kann. Das niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Planungsarbeiten des KÖN als Pilotprojekt gefördert.

Das KÖN in Visselhövede arbeitet seit 2010 daran, die ökologische Bewirtschaftung als produktionsintegrierte Kompensation zur Anwendung zu bringen. Betriebe, die sich dafür interessieren, unterstützt das Kompetenzzentrum als Mittler zu Naturschutzbehörden, Stiftungen und Eingriffsträgern und erarbeitet passende Kompensationsangebote. „Wo Agrarflächen knapp oder besonders fruchtbar sind, soll zukünftig öfter produktionsintegriert kompensiert werden“, sagt Dr. Bettina Friebe, die als Biologin das Pilotprojekt beim KÖN betreut.



Bild: © KÖN



Mehr Informationen:

Kompetenzzentrum Ökolandbau Niedersachsen GmbH
Telefon: 04262 959300
E-Mail: info@oeko-komp.de
www.oeko-komp.de



Flächenmanagement für Umwelt und Klima

Bild: © Bild: Catolla / Fotolia

Rund 38 Prozent der gesamtdeutschen Moorflächen liegen in Niedersachsen. Diese regionale Besonderheit bedeutet für das Land eine große Verantwortung für den Klimaschutz, denn durch die landwirtschaftliche Nutzung von organischen Böden, insbesondere von Hoch- und Niedermooren, werden Treibhausgase freigesetzt. Das neue Verfahren „Flächenmanagement für Umwelt und Klima“ soll künftig dazu beitragen, organische Böden zu schützen und Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Von Martin Gottwald, Henning Isensee und Anne Lammen-Ewers

Derzeit verursachen laut des Verbundprojekts „Organische Böden“ des Thünen-Instituts die Entwässerung und Nutzung der deutschen Moore zwei bis fünf Prozent der gesamten deutschen Treibhausgasemissionen. In Niedersachsen werden die Emissionen aller kohlenstoffreichen Böden auf etwa 10 Millionen Tonnen CO²-Äquivalente pro Jahr geschätzt. Rund 390 000 Hektar Hoch- und Niedermoo-re bedecken das Bundesland – etwa 80 Prozent dieser Flächen werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Den Fokus seiner Klimaschutzaktivitäten legt Niedersachsen deshalb auf den Erhalt von organischen Böden als natürliche Kohlenstoffspeicher. Im Juli dieses Jahres hat will die Landesregierung das neue Programm „Niedersächsische Moorlandschaften“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Für den Klimaschutz sollen Sicherungs-, Entwicklungs- und Nutzungskonzepte erstellt und in den Mooren umgesetzt werden. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie hat als Grundlage die Gebietskulisse „Böden mit hohen Kohlenstoffgehalten“ erarbeitet. Sie gibt einen Überblick über Verbreitung und Landnutzung und soll dazu dienen, regionale Fokusräume für Klima- und Moorschutzmaßnahmen abzugrenzen.

Altes Instrument mit neuem Einsatzgebiet

Eine wirksame Minderung von Treibhausgasemissionen lässt sich durch eine Anhebung der Wasserstände erreichen. Zwangsläufig wird dadurch die landwirtschaftliche Nutzung der betroffenen Flächen deutlich oder ganz eingeschränkt. Klimaschutz auf diesem Weg geht nur in Kooperation mit der Landwirtschaft vor Ort, denn in der Regel ist die vollständige Verfügbarkeit über die Flächen erforderlich. In der EU-Förderperiode 2014 - 2020 sollen deshalb, voraussichtlich ab 2016, im Rahmen der Maßnahme „Flächenmanagement für Umwelt und Klima“ Flächen inner- und außerhalb der Mooregebiete erworben und unter Beteiligung aller Betroffenen mit den Instrumenten der Bodenordnung zugeteilt werden. Der Ausgleich soll einen nachhaltig leistungsfähigen

Naturhaushalt fördern. Außerdem soll er einen Beitrag dazu leisten, die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu sichern und zu verbessern. Mit begleitenden Maßnahmen wollen die Programmverantwortlichen die Agrarstruktur außerhalb der schützenswerten Moore weiterentwickeln und die Wirtschaftskraft stärken.

Kooperation und Kompensation

Die Ämter für regionale Landesentwicklung Niedersachsen haben auf Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes die Verantwortung für das Verfahren übernommen. Über den gesetzlichen Rahmen hinaus hat Niedersachsen gute Erfahrungen mit einer frühzeitigen Beteiligung gesammelt: Die Mitarbeiter der Ämter werden im Rahmen von Vorbereitungsphasen überprüfen, ob in potenziell geeigneten Gebieten ein Flurbereinigungsverfahren zweckmäßig ist. Die Verfahren sollen dem Ausgleich der Interessen aller Beteiligten dienen. Die Grundstückseigentümer, Pächter und sonstige Inhaber von Rechten an den Grundstücken, die Träger öffentlicher Belange, die landwirtschaftliche Berufsvertretung und die anerkannten Natur-schutzvereinigungen werden in die Planungen eingebunden. Ein großräu-miger Flächentausch soll später die wertgleiche Abfindung sicherstellen. So können auch Flächen außerhalb der Zielkulisse erworben werden, um die erforderliche Kompensation bereitzustellen.



Mehr Informationen:

Martin Gottwald
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Telefon: 0511 120-2174
E-Mail: martin.gottwald@ML.Niedersachsen.de





Petra Schmettow arbeitet für finep am Lernforum Bürgerkommune.

„Motivierte Macher brauchen gutes Rüstzeug“

Acht europäische Organisationen haben 2013 das „Lernforum Bürgerkommune – Beteiligung und Engagement im ländlichen Raum gestalten“ gestartet. Ihre Ausgangsfrage war: Gibt es einen spezifischen Lernbedarf im ländlichen Raum bei Bürgerbeteiligung und -engagement? Drei Lead-Partner aus Tschechien, Bulgarien und Deutschland führten regionale Bedarfsanalysen durch und formulierten ein gemeinsames Rahmenkonzept. Das deutsche „forum für internationale entwicklung + planung“ (finep) hat daraus ein modulares Seminar für Baden-Württemberg entwickelt. Anfang 2014 wurde es in Kooperation mit der Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg erprobt und evaluiert. finep-Mitarbeiterin Petra Schmettow schildert ihre Erfahrungen und wagt einen Ausblick.

Frau Schmettow, gibt es einen Lernbedarf zur Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum?

Ja. Als ehemalige Verwaltungsmitarbeiterin kenne ich aus dem städtischen Umfeld viele Beteiligungsstrukturen. Im ländlichen Raum funktioniert Engagement auch ohne diese Strukturen oft sehr gut. Gleichzeitig bröckelt das Bild vom heilen Dorf: Viele Orte sind schon städtisch geprägt, es gibt viele Pendelbeziehungen. Verantwortung übernehmen meist die Macher. Bürgermeister, Ortsvorsteher und Gemeinderäte müssen multiple Rollen füllen, weil sich kleine Gemeinden keinen Spezialisten leisten können. Diese Einzelpersonen brauchen Unterstützung: Sie managen viel und kennen ihre offenen Baustellen, wollen vieles noch effizienter und besser machen, fühlen sich allein und wollen mehr Aktive mit ins Boot holen oder koordinierter arbeiten.

Methodische Schulungen zur Bürgerbeteiligung gibt es viele – was ist das Besondere an Ihrem Ansatz?

Dass Aktive aus kleinen Gemeinden im ländlichen Raum zusammenkommen, die ähnliche Probleme haben und durch das voneinander Lernen sehr profitieren. Die Zielgruppen in unserem Rahmenkonzept sind politische Vertreter, Gemeinderäte, Bürger und Verwaltungsmitarbeiter. Das konzeptionelle Herzstück: Sie sollen praxisbezogen und gemeinsam lernen und dabei die Perspektive wechseln.

Wie kann man sich das konkret vorstellen?

Das Testseminar besteht aus zweimal eineinhalb Kurstagen und einem Tag mit Praxisbeispielen. Unser Einstieg ist meist, strukturiert das zu erschließen, was die Teilnehmer an Wissen und Erfahrungen mitbringen. Erst danach erfolgt ein fachlicher Input. Wichtig ist uns, stets die verschiedenen Sichtweisen transparent zu machen: Wie sieht ein Anliegen aus, wenn Sie sich in eine andere Rolle hineinversetzen? Wir unterstützen die Teilnehmer auch dabei, Ziele und Vorgehensweisen für ihre eigenen Projekte zu reflektieren, und haben ein kollegiales Coaching eingebaut. Ein inhaltliches Beispiel: Anhand eines von zehn Tipps, wie man Engagement verhindert – „Sorgen Sie immer für eine lange Tagesordnung“ –, konnten die Teilnehmer sehr gut ihren eigenen Umgang reflektieren.

Sind die Fortbildungskonzepte bei Ihren europäischen Partnern ähnlich?

Unser Kernanliegen ist gleich – sehr gut drückt das der englische Projekttitel aus: „Becoming a Change Agent for Rural Citizenship“. Allen Partnern geht es um Menschen, die vor Ort den Wandel vorantreiben. Danach wird es schnell länderspezifisch. Im September 2014 liegen unsere jeweiligen Evaluationsergebnisse vor und wir werden unsere gemeinsamen „lessons learnt“ zusammenfassen.

Das Projekt läuft bis 2015 – was soll mit den Ergebnissen noch geschehen?

Das Projekt wird gefördert aus dem EU-Programm Lebenslanges Lernen, bei dem die Übertragbarkeit eine wichtige Rolle spielt. Geplant ist, die Erfahrungen aus dem Projekt ab Oktober online zu veröffentlichen und Bildungsträger anzusprechen. Anfang 2015 werden Partner aus Estland und Portugal Anwendungsmöglichkeiten in ihren Ländern diskutieren.

Wollen Sie Ihr Kurskonzept auch selbst anbieten?

Unsere Erfahrungen beziehen sich auf Baden-Württemberg, wo wir uns das Seminar gut für LEADER-Regionen oder zur Vernetzung kleinerer Gemeinden vorstellen können. Das Konzept kann jeweils an den Bedarf der Teilnehmer angepasst werden. Dafür, und um es kostengünstig anbieten zu können, brauchen wir Kooperationspartner. Auch unsere bisherige Arbeit wurde zusätzlich durch die Baden-Württemberg Stiftung unterstützt.

**Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.**



Mehr zum Lernforum Bürgerkommune:

www.finep.org und www.lernforum-buergerkommune.de



Bild: privat

Beate Bajorat ist die Direktorin des Verbands der Landwirtschaftskammern.

„Ganzheitliche Lösungen durch vernetzte Teams für eine nachhaltige Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe“

Einen eigenen Artikel widmet die Europäische Kommission in den Verordnungsentwürfen zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) der Beratung. Hinter dem Begriff verbirgt sich in Deutschland bereits jetzt eine Fülle von Inhalten und Anbietern. Warum dennoch nur ein Teil des Angebots aus den ländlichen Entwicklungsprogrammen der Länder intensiv genutzt wird und wie sich die Beratungslandschaft entwickeln sollte, fragte LandInForm im Interview Dr. Beate Bajorat vom Verband der Landwirtschaftskammern (VLK).

Frau Dr. Bajorat, Beratung gilt bei vielen Programmgestaltern als Schlüssel zum Landwirt – funktioniert dieses Instrument auch in der Praxis?

Unternehmer fragen Beratung nach, um produktionstechnische oder betriebswirtschaftliche Fragen zu lösen. Diese Beratung dient ausschließlich betriebsindividuellen Zielen. Dadurch, dass die Berater die Betriebspotenziale kennen, können sie die Landwirte motivieren, auch Beratungsinhalte zu gesellschaftlichen Zielen in ihre Betriebsentwicklung einzubeziehen.

Werden alle Angebote nachgefragt?

Die Beratungsprodukte entstehen aus der Nachfrage sowie der Beobachtung von Veränderungen des Umfelds. Die Akzeptanz der Beratung ist größer, wenn sie von Anbietern kommt, die sich durch ein hohes fachliches Renommee auszeichnen. Zudem steigt die Nachfrage nach neuesten, neutralen Versuchsdaten. Wir beobachten, dass Produkte, die aus gesellschaftlichen Ansprüchen heraus als Angebot konzipiert wurden, wenig Resonanz finden. Fakt ist: Es muss sich am Ende für den Betrieb rechnen.

Zubünftig muss eine ELER-geförderte Beratung mindestens eine Priorität des ELER betreffen. Sie soll auch gesellschaftliche Forderungen transportieren. Was motiviert Landwirte dazu, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen?

Da sich die Verfügbarkeit und die Nutzung von Ressourcen ändern, sind die Landwirte nicht nur indirekt mit den Themen beschäftigt. Im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels benötigt die Landwirtschaft Anpassungsstrategien, die sukzessive regional entwickelt und angepasst werden. Auch beim Klimaschutz sowie weiteren gesellschaftlichen Forderungen ist die Landwirtschaft gefordert, Beiträge zu liefern. Der Landwirt ist nur ein Akteur unter vielen. Eine ELER-geförderte Beratung kann helfen, die aktiven Leistungen der Landwirtschaft darzustellen und den Dialog mit der Gesellschaft zu verbessern. Sie hat mehr Aussicht auf Nachfrage, wenn sie mit einem Zusatznutzen für die nachhaltige Betriebsentwicklung kombiniert und beispielsweise mit Inhalten zu neuen Marktanforderungen, wie Nachhaltigkeitskriterien oder Verbraucherwünschen verknüpft wird.

Braucht es neue oder andere Beratungsangebote? Wer soll sie entwickeln?

Hochkomplexe Anforderungen an die Betriebe erfordern vernetzte Beraterteams mit spezifischen fachlichen Kompetenzen, um Natur-, Boden- oder Wasserschutz unter Berücksichtigung der einzelbetrieblichen Faktoren gerecht zu werden. Die nachfrageorientierte Beratung wird an Bedeutung gewinnen, da zunehmende Anforderungen an die Produzenten als Beteiligte der Wertschöpfungskette gestellt werden. Alle Anbieter sind gefordert, ihre Beratungsprodukte weiterzuentwickeln. Auch im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft Agri als interaktivem Innovationsmodell sind Beraterteams mit komplementären Wissensgebieten und Kompetenzen gefragt. Der neue ELER bietet dazu die Förderoptionen.

Angenommen, Beratung würde ganz neu gedacht – was wären Ihre Ideen?

Im Mittelpunkt aller Aktivitäten stehen die Kunden. Beratung braucht nicht nur eine exzellente Reputation, sondern lebt über ein vertrauensvolles Miteinander. Anstelle eines „Alles neu, alles anders“ sehe ich eher die flexible Anpassung an die Kundenwünsche und aktuellen Bedürfnisse. Angesichts steigender Qualifikationen der Betriebsleiter und des Informationstransfers über unterschiedliche Medien wird sich Beratung stärker vernetzen sowie in Form von Teams als Prozessbegleiter agieren.

**Vielen Dank für das Gespräch!
Das Interview führte Anja Rath.**



Beratung im Wandel

Die Strukturen der Landwirtschaft und ihrer Verwaltung sowie die Anforderungen der Gesellschaft verändern sich beständig. Baden-Württemberg reagiert auf die sich wandelnden Rahmenbedingungen mit der Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Beratung.

Von Gabriel Baum, Rita Mager und Wolfgang Arnoldt

Die Beratung landwirtschaftlicher Betriebe – zu diesen zählen auch die des Garten-, Obst- und Weinbaus – stützt sich in Baden-Württemberg bisher auf die **Offizialberatung** der Landwirtschaftsämter, die **geförderte Beratung** durch Beratungsdienste (Vereine) und schließlich die **nicht geförderte Beratung**. Die Verwaltungsaufgaben der **Offizialberatung** nehmen stetig zu – entsprechend werden ihre Kapazitäten für die Beratung seit Jahren geringer. Eine Befragung der Landwirtschaftsämter im Jahre 2012 bestätigte die Situation der **Offizialberatung**. In einer repräsentativen Umfrage unter landwirtschaftlichen Betrieben gemeinsam mit der Universität Hohenheim trat zudem der zunehmende Bedarf an strategischer Entwicklungsberatung zutage.

Weiterentwicklung durch ELER

Dem gegenüber stehen die gesellschaftlichen Herausforderungen an die Landwirtschaft, auf die die Betriebe in Baden-Württemberg mit seiner vielgestaltigen Agrarstruktur sehr individuell reagieren müssen. Die Chancen einer Vielzahl von Betrieben liegen nicht alleine in der Kostenführerschaft, sondern in der Nutzung der regionalen Kaufkraft, der attraktiven Urlaubsregionen und der vielfältig strukturierten Wirtschaft. Das Land nutzt die neue Verordnung zum Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER) zur Stärkung der Fördermöglichkeiten für Beratung. Damit ist auch der Zeitrahmen vorgegeben: Bis zum Start in die neue Förderperiode im Jahr 2015 wird ein bedarfsgerechtes, kundenorientiertes, flexibles und verlässliches Beratungssystem entwickelt.

Neuland besritten: Beratungskatalog erarbeitet

In Arbeitsgruppen erarbeiteten Beratungskräfte und Fachleute aus Landesanstalten über 60 Beratungsmodule für alle Bereiche der baden-württembergischen Landwirtschaft. Der entstandene Katalog steht zum einen für Konstanz, da besonders die Beratungsdienste sich mit ihren Angeboten wiederfinden können. Zum anderen markiert er einen Aufbruch. So wurde beispielsweise die Biodiversitätsberatung als Regelangebot aufgenommen und die Energieeffizienzberatung aus dem Projektstatus in ein Regelangebot überführt. Als neues Basisangebot wird derzeit eine betriebliche Standortbestimmung erprobt. Dieser „Betriebscheck“ soll Betriebe für Beratung gewinnen und wiedergewinnen. Das Angebot eignet sich besonders für kleine und mittlere Betriebe, die ihre Entwicklungsvoraussetzungen aufarbeiten und bewerten wollen. Das Pilotangebot traf auf so große Resonanz, dass die Kapazitäten im ersten Halbjahr 2014 nicht ausreichen, um alle Interessierten zu beraten.

Die Fördersätze der einzelnen Module sind nach gesellschaftlicher Bedeutung und betrieblichem Nutzen differenziert. Einige Module wie die Biodiversitätsberatung werden zu 100 Prozent der Nettokosten gefördert, andere zu 80 oder zu 50 Prozent. Die Obergrenze liegt bei 1500 Euro pro Beratung.



Bild: © gooduz / Fotolia

Zubünftige Aufgaben

Mit der Neuausrichtung verbunden ist die Notwendigkeit einer effizienten Koordination. Dafür müssen neue Strukturen und Netzwerke geschaffen werden. Einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung werden die Fortbildungen leisten, bei denen sich die Beratungskräfte untereinander und mit Akteuren aus der Verwaltung austauschen.

Zum Weiterlesen:

Die Ergebnisse der Befragung von Landwirten wurden im Infodienst Landwirtschaft der Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume veröffentlicht.
www.lwl-bw.de

Mehr Informationen:

Gabriel Baum
Landesanstalt zur Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume
Telefon: 07171 917-437
E-Mail: gabriel.baum@lwl.bwl.de

Rita Mager
Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Telefon: 0711 126-2304
E-Mail: rita.mager@mlr.bwl.de

Bioenergie: Preistreiber für landwirtschaftliche Pachtflächen?

Die Erzeugung von Biogas zur Stromproduktion hat in den letzten Jahren durch die politische Förderung erneuerbarer Energien einen regelrechten Boom erfahren. Das Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel hat nun untersucht, ob dieser Boom, wie häufig vermutet, mitverantwortlich für die Preissteigerungen am Pacht- und Bodenmarkt ist.

Von Solveigh Hennig

Schätzungen des Fachverbandes Biogas zufolge werden in Deutschland inzwischen knapp 8.000 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von insgesamt 3.800 Megawatt betrieben. Die Branchenzahlen zeigen, dass insbesondere nach Inkrafttreten der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2009 zahlreiche neu erbaute Biogasanlagen ans Netz gegangen sind. Vor allem in den Bundesländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, in denen die Biogasdichte bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche heute besonders hoch ist, wurde die agrarstrukturelle Entwicklung auf den Äckern deutlich erkennbar durch Investitionen in Biogasanlagen und die hierfür in der Regel erforderliche Produktion von Energiemais geprägt.

EEG-Förderung: Chance oder Problem?

Verfolgt man Debatten in den Dörfern betroffener Regionen, so scheinen die Biogasproduktion und das EEG für den ländlichen Raum zugleich Chance und Problem zu sein. Denn auf der einen Seite hat die EEG-Förderung durch die attraktive und garantierte Vergütung des produzierten Stroms interessante Einkommensmöglichkeiten für landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, auf der anderen Seite hat der starke Ausbau in einigen Regionen aber auch spürbare Auswirkungen auf das Landschaftsbild und die landwirtschaftlichen Bodenmärkte. So zumindest die Behauptung der Kritiker. Denn die hohe Flächennachfrage von Betreibern von Biogasanlagen kann Pacht- und Bodenpreise in die Höhe treiben und ist daher immer wieder Thema in Diskussionen um die regional zum Teil rasant gestiegenen Pachtpreise der vergangenen Jahre. Dieser vermutete Zusammenhang zwischen Biogasproduktion und Pachtpreisen wurde nun in einem Forschungsprojekt am Institut für Agrarökonomie der Universität Kiel mit empirischen Methoden wissenschaftlich untersucht. Das Forschungsprojekt wurde durch die Landwirtschaftliche Rentenbank gefördert.

Statistische Analysen liefern Erkenntnisse

Für das Forschungsprojekt haben die Wissenschaftler landwirtschaftliche Betriebsleiter in Schleswig-Holstein befragt – eine der Hochburgen der Biogasproduktion. Dabei wurden Angaben zu 111 Pachtverträgen für Ackerland erfasst und statistisch ausgewertet. Die erhobenen Daten beziehen sich auf Verträge, die im Zeitraum zwischen 2010 und 2012 geschlossen wurden und umfassen neben Angaben zur Höhe der Pachtpreise und zur Anzahl an Biogasanlagen im Zehn-Kilometer-Umkreis auch Informationen zu weiteren potenziell pachtpreisbeeinflussenden Faktoren, wie etwa die Bodengüte (Ackerzahl) oder die regionale Viehdichte. Die Herausforderung besteht darin, den Einfluss der Biogasdichte aus dem Geflecht der anderen preisbestimmenden Einflussfaktoren zu isolieren. Dies geschah mit einer räumlich-ökonomischen Regressionsanalyse: Sie ermöglicht es, sowohl die Wirkung anderer Einflussfaktoren als auch räumliche Abhängigkeiten zwischen den Pachtpreisen benachbarter Flächen zu berücksichtigen.

Biogaserzeugung mitverantwortlich für Pachtpreissteigerungen

Die empirische Analyse belegt eindeutig, dass die Biogaserzeugung im Mittel zu einem Anstieg der Ackerpachtpreise im biogasstarken Bundesland Schleswig-Holstein geführt hat. In der Tabelle sind die Regressionsergebnisse im Detail dargestellt. Sie bilden eine Schätzung für die Pachtpreiseffekte der regionalen Biogasdichte und der übrigen untersuchten Einflussfaktoren (Variablen) ab. Die Sternchen in der Tabelle geben dabei jeweils an, ob für die jeweilige Variable ein Einfluss auf die ausgehandelten Pachtpreise statistisch nachgewiesen werden konnte. Die dargestellten Koeffizienten sind als Veränderung der Pachtpreise bei einer Zunahme der jeweiligen Variable um eine Einheit unter ansonsten gleichen Bedingungen zu interpretieren.



Bild: © Hennig

Insbesondere im Zeitraum 2009–2011 (unter Gültigkeit des EEG 2009) haben viele Landwirte in Biogasanlagen investiert.



Bild: © Hennig

In den meisten Biogasanlagen wird unter anderem Maissilage als Gärsubstrat eingesetzt. Um die Anlagen über das ganze Jahr versorgen zu können, werden bei der Maiseinnte im Herbst große Silos zur Lagerung angelegt.

Die Werte bedeuten konkret: Kommt eine Biogasanlage im Umkreis von zehn Kilometern hinzu, erhöht sich der Pachtpreis um rund elf Euro pro Hektar (gemäß dem Koeffizienten 11,32). Befinden sich im Zehn-Kilometer-Radius zehn Biogasanlagen, sind die Pachtpreise also rund 110 Euro pro Hektar höher als in einem Gebiet ohne Biogasanlagen (unter sonst gleichen Bedingungen). Ein ähnlich hoher Effekt wurde für die Mitverpachtung von Zahlungsansprüchen für EU-Direktzahlungen ermittelt, der im Durchschnitt auf einen Pachtpreisaufschlag von knapp 140 Euro pro Hektar geschätzt wird. Ebenfalls nachweisbar preissteigernde Effekte gehen von der Größe der Fläche, der Betriebsgröße des Pächters und der regionalen Viehdichte aus. Die Lage der Fläche in einem Naturschutzgebiet wirkt sich dagegen negativ aus: Hier ist den Schätzungen zufolge mit einem Pachtpreisabzug in Höhe von rund 135 Euro pro Hektar zu rechnen.

Geringere Vergütungssätze dämpfen die Entwicklung

Die norddeutschen Pachtpreise werden durch die Biogasförderung also nachweisbar beeinflusst. Durch die Novellierung des EEG im Jahr 2012 ist der Pachtpreisauftrieb infolge des Zubaus neuer Biogasanlagen jedoch nahezu zum Stillstand gekommen. Dies ist das Ergebnis einer Expertenbefragung, die zusätzlich zu den empirischen Analysen durchgeführt wurde. Da die Vergütungssätze für den produzierten Biogasstrom im Zuge der Novellierung deutlich reduziert wurden, kam es nach Einschätzung der Experten zu einer Ernüchterung in Bezug auf den Neubau von Biogasanlagen. Dies habe dann auch dazu beigetragen, dass die vielerorts angespannte Situation auf dem Bodenmarkt leicht entschärft werden

konnte. Allerdings reagiert der Markt sehr träge, da auch die Flächen-nachfrage von Anlagenbetreibern, die schon vor 2012 in eine Biogasanlage investiert hatten, aktuell immer noch sehr hoch ist. Die Einschätzung, dass Biogasanlagenbetreiber im Vergleich zu anderen landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen meist eine höhere Zahlungsbereitschaft für Pacht-preise besitzen, um die Versorgung der Biogasanlagen und damit die Rentabilität der Biogasanlage sicherzustellen, wurde in dieser und ähnlicher Form von fast allen befragten Experten bestätigt. Insgesamt wurde in den Gesprächen deutlich, dass der durch den massiven Zubau neuer Anlagen hervorgerufene Pachtpreisauftrieb zwar eingedämmt wurde, für eine Entschärfung der Situation an den Pacht- und Bodenmärkten wegen der immer noch hohen Flächennachfrage von Altanlagen aber nicht allein der Rückgang von Neuinvestitionen in Biogasanlagen notwendig ist.

Effekte der EEG-Novelle folgen verzögert

In der Gesamtschau ergibt sich somit ein recht differenziertes Bild der Wirkungen der Biogasförderung auf den schleswig-holsteinischen Pachtmarkt. Die preistreibenden Effekte hoher Biogasdichten sind nachweisbar, allerdings nicht alleinige Ursache hoher Pachtpreise. Auch hohe Viehdichten oder eine Mitverpachtung von Zahlungsansprüchen beeinflussen die Pachtpreise und verzerren die Pachtmärkte nicht weniger stark als die Biogasförderung – zumindest in der Breitenwirkung. Es sind jedoch die extremen Entwicklungen einiger Regionen, die den Zündstoff für politische Debatten liefern. Die Politik hat die Problematik erkannt und mit einer Novellierung des EEG gegengesteuert. Die Wirkung ist jedoch nicht von heute auf morgen sichtbar.

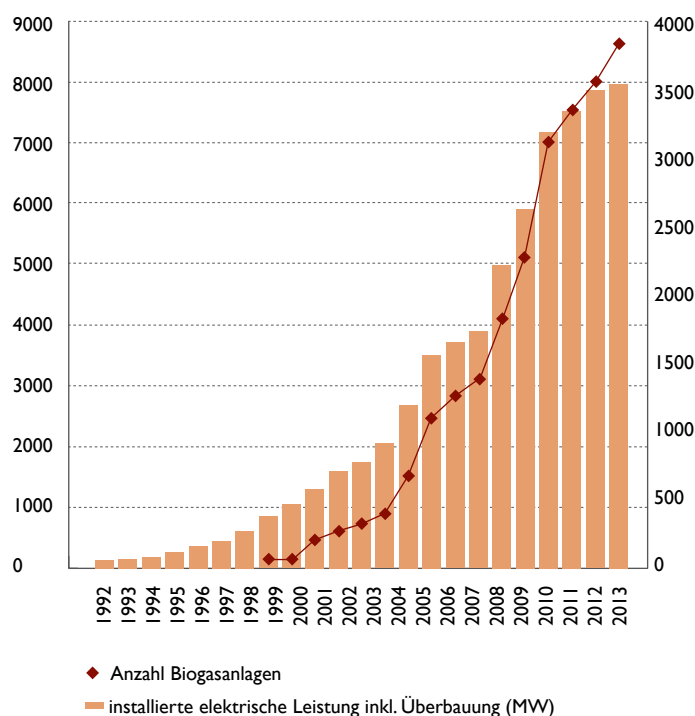
Ergebnis der statistischen Untersuchung des Einflusses der Biogaserzeugung und anderer Faktoren auf Neupachtpreise in Schleswig-Holstein

Einflussvariablen	Koeffizient	
BGA-Dichte (Anzahl Anlagen im Umkreis von 10 km)	11,32	**
Ackerzahl der gepachteten Fläche	1,38	
Größe der gepachteten Fläche (ha)	2,76	***
Zahlungsanspruch mitgepachtet (ja=1)	139,30	***
Entfernung der Pachtfläche zur Betriebsstätte (km)	1,03	
Laufzeit des Pachtvertrages (Jahre)	0,55	
Neuer Pachtvertrag für schon länger gepachtete Fläche (ja=1)	-34,90	
Fläche liegt in einem Schutzgebiet (ja=1)	-135,19	***
Betriebsgröße des Pächters (ha)	0,09	*
Viehdichte im Landkreis (GV/ha)	175,30	***
Konstante ¹	43,07	
λ (räumliche Abhängigkeit in den Residuen) ¹	0,49	

***/**/* statistisch signifikant auf dem 1 %/5 %/10 %-Signifikanzniveau

¹Die Koeffizienten für die Konstante und λ sind technische Werte, die nicht weiter interpretiert werden können.

Entwicklung der Anzahl der Biogasanlagen und der gesamten installierten elektrischen Leistung in Megawatt [MW] (Stand: 06/2014)



Mehr Informationen:

Solveigh Hennig
 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
 Institut für Agrarökonomie
 Telefon: 0431 8804402
 E-Mail: shennig@agric-econ.uni-kiel.de

Dorfläden rücken bundesweit zusammen

Erfolgreiche Dorfläden sind längst nicht mehr nur Lebensmittelhändler, sondern multifunktional: Sie bieten Apotheken-Service, beherbergen einen Post- oder Paketshop, ein Café oder eine Mehrgenerationen-Werkstatt. Zehn Jahre nach der Gründung des Dorfladen-Netzwerks werden dessen bisher lose Strukturen nun durch die Gründung einer „Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden“ gefestigt.

Von Günter Lühning



Bild: © Lühning

Die Dorflädenleiterinnen Petra Hünecke-Zarbock aus Otersen (Niedersachsen) und Sabine Lehrmann aus Johannesbrunn (Bayern).

2004 hat sich auf Initiative des im Jahre 2000 gegründeten Dorfladens Otersen im Beisein des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Hans-Heinrich Ehlen das Dorfladen-Netzwerk gegründet. Seither hat das Netzwerk viel bewegt: Die Dorfladen-Bewegung zählt inzwischen bundesweit über 200 bürgerschaftlich organisierte Dorfläden. Das Portal www.dorfladen-netzwerk.de mit inzwischen knapp 300 Seiten und Berichten haben bisher rund 110.000 Besucher als Informationsquelle genutzt. Immer wieder kommen Kommunalpolitiker, Bürgermeister und Landräte in das nur 500 Einwohner zählende Dorf Otersen, um sich über das Konzept und die Erfahrungen mit dem Bürger-Dorfladen zu informieren. Das 2008 herausgegebene 200-seitige Dorfladen-Handbuch mit dem Untertitel „Eigeninitiative statt Unterversorgung“ berichtet umfassend darüber, wie Dorfläden zur Sicherung der Nahversorgung und der Lebensqualität im ländlichen Raum gegründet werden können. Flankiert wird die Arbeit des Netzwerks von Veranstaltungen und Messeauftritten.

Aus Netzwerk wird Bundesvereinigung

So präsentierten sich beispielsweise im Januar dieses Jahres erstmals zwölf Dorfläden aus drei Bundesländern unter der Leitung des Dorfladen-Netzwerkes auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin. Norddeutsche und süddeutsche Dorfladen-Akteure rückten dabei näher zusammen, vereinbarten, den Erfahrungsaustausch zu intensivieren und künftig noch stärker zu kooperieren. Aus dem losen Netzwerk gründet sich deshalb in diesem Jahr die „Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden“ (BmD). Sie soll Interessenvertretung der Dorfläden und Ansprechpartner für Ministerien und Kommunalverwaltungen sein. Die Bundesvereinigung wird den Erfahrungsaustausch zwischen den Läden über Veranstaltungen und Seminare fördern und die Läden betriebswirtschaftlich und anderweitig fachlich beraten und begleiten, Kooperationen mit Hochschulen anstoßen sowie Pilotprojekte zur Sicherung der Nahversorgung begleiten. Während der Internationalen Grünen Woche 2014 wurde zum Beispiel bereits mit einem Münchner Start-up die Weiterentwicklung eines Terminals zum internetbasierten Bestellpunkt vereinbart. Mit der Hochschule Rhein-Waal wird beim Zukunftsprojekt „Smart Villages“ ebenso kooperiert wie mit der Leuphana Universität Lüneburg bezüglich der Entwicklung einer Dorfladen-Dachmarke zur Förderung regionaler Produkte und



der regionalen Wertschöpfung. Zudem wird die Bundesvereinigung die Dorfläden beim Marketing unterstützen und ihnen geeignete Hauptlieferanten vermitteln. Auch die Fortschreibung des Dorfladen-Handbuches steht auf der Agenda. Die BmD wird in der Rechtsform eines Vereins gegründet, der sich aus den Mitgliedsbeiträgen, aus Beiträgen von Fördermitgliedern und noch zu beantragenden Zuwendungen finanziert.

Mitglied werden können insbesondere Dorfläden, die als letzte Nahversorger in einem Dorf bürgerschaftlich oder kommunal organisiert und getragen werden. Lebensmittel-Großhändler, die Dorfläden beliefern und unterstützen sowie regionale Produzenten können Fördermitglieder werden, ebenso beratende Unternehmen, die gewisse Qualitätsstandards wie zum Beispiel die Zulassung zur KfW-Beraterbörse erfüllen. Nachdem das Gründungskonzept erstellt ist, wird in einem nächsten Schritt die Vereinssatzung festgehalten. Die endgültige Gründung des Vereins ist für die zweite Jahreshälfte geplant.



Mehr Informationen:

Günter Lühning
Vorsitzender Dorfladen Otersen w.V.
Sprecher des Dorfladen-Netzwerkes
Telefon: 04238 943750
E-Mail: guenter.luehning@gmail.com
www.dorfladen-netzwerk.de

„Fokusgruppen sind notwendig, um die europäische Agrar-, Forschungs- und Förderungspolitik weiterzuentwickeln.“

Bild: © privat

Christoph Zimmer, Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall

In den Fokusgruppen der Europäischen Innovationspartnerschaften (EIP) Agri der Europäischen Kommission kommen Wissenschaftler und Praktiker aus ganz Europa zu moderierten Expertenrunden zusammen, um Vorschläge zur Ausrichtung der EU-Agrarpolitik zu machen. Anfang Juli 2014 trafen sich die Teilnehmer der Fokusgruppe „Genetische Ressourcen“ bei einer ihrer Organisationen aus der Praxis. Gastgeber war die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH), deren Gründer und Vorsitzender Rudolf Bühler Mitglied der Fokusgruppe für Tiergenetische Ressourcen ist. Christoph Zimmer hat die Teilnahme der BESH in der Fokusgruppe mit angestoßen und begleitet.

Herr Zimmer, welchen Eindruck haben Sie von der Arbeit der Fokusgruppe bekommen?

Spannend waren die europäische und die inhaltliche Streuung: Forscher, die wissenschaftlich arbeiten, und Praktiker aus Verbänden und Erzeugerorganisationen, die aus der Basis kommen. Es wird konzentriert an einem Thema gearbeitet, der Kommunikationsprozess ist durch Sprachbarrieren und Wissensunterschiede anstrengend. Letztendlich war das Miteinander aber sehr konstruktiv. Zum einen brachten alle Teilnehmer einen breiten Horizont und kommunikatives Know-how mit. Zum anderen legte die professionelle Moderation Wert darauf, dass alle zu Wort kommen.

Welche Ziele hatte die Fokusgruppe und welche Ergebnisse brachten die Treffen?

Neben einer Bestandsaufnahme zu Aktivitäten im Bereich der genetischen Ressourcen ging es darum, Probleme in der Praxis zu benennen und wie man sie in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft transferieren kann. Forschungsförderung ist oft auf Forschungsinstitute ausgerichtet, die ihren Bedarf selber festlegen. Laboruntersuchungen werden beispielsweise mit zigtausend Euro unterstützt, aber dass ein Landwirt, der eine Erhebung durchführt, für seinen Arbeitsausfall eine Entschädigung von 100 Euro bekommt, ist häufig nicht vorgesehen. Es haben zwei Treffen stattgefunden, bei denen ein Grundlagenpapier sowie konkrete Vorschläge für innovative Prozesse formuliert wurden. Diese werden vom europäischen EIP Service Point veröffentlicht. So haben wir zum Beispiel den Markt als sehr wichtig für den Erhalt der genetischen Ressourcen identifiziert. Beim Verbraucher muss ein Bewusstsein erzeugt werden, damit er durch den Kauf der Produkte den Erhalt der genetischen Ressourcen unterstützen kann und deren besondere Eigenschaften ihm auch einen Nutzen bringen.

Was glauben Sie, wird die Arbeit der Fokusgruppen die praktische Umsetzung der EIP-Agri beeinflussen?

Die Ergebnisse sollen in die Förderpolitik der Europäischen Kommission einfließen – in Ausschreibungen und konkrete Projekte. Bei europäischen Förderanträgen muss man sich viele Kompetenzen erarbeiten, das ist für Mittelständler kaum machbar. Zudem frisst ein gigantischer Verwaltungsaufwand positive Effekte oft auf und nur große, europaweite Projekte haben Erfolgsaussichten. In den EIPs sehe ich eine Chance, dass kleine, lokale Initiativen mit verschiedenen Stufen einer speziellen Wertschöpfungskette und mit einem selbst verwalteten Budget unbürokratisch gute Ideen voranbringen – länderübergreifend oder auch nur innerhalb einer Region.

Planen Sie, sich im Rahmen einer Operationellen Gruppe (OG) an der Umsetzung der EIP-Agri zu beteiligen?

Ja, unbedingt! Weil wir unter anderem mit einer stufenübergreifenden Wertschöpfungskette bereits so arbeiten, wie es die OG tun sollen, fand auf Wunsch der Fokusgruppe das zweite Treffen bei der BESH statt. Die Rückmeldungen auf die von uns organisierte Exkursion waren durchweg positiv. Wir werden diese Möglichkeiten mit Sicherheit nutzen und weitere Konzepte einbringen, zum Beispiel mit traditionellen und autochthonen Gewürzsorten aus Hohenlohe und anderen Regionen der EU, inklusive internationaler Vernetzung und gemeinsamer Markterschließung.

**Vielen Dank für das Gespräch!
Das Gespräch führte Juliane Mante.**



Von der Redaktion für Sie angelesen

Wie viel Zukunft hat mein Dorf?

Von Stefan Kämper

Wann ist ein Dorf zukunftsfähig? Wie lässt sich das erfassen und bewerten? Welche Möglichkeiten zum Handeln gibt es? Mit diesen Fragen beschäftigen sich Dorfbewohner – spätestens dann, wenn die Einwohnerzahl zurück geht oder das Durchschnittsalter der Menschen deutlich steigt.

Die thüringische Stiftung Schloss Ettersburg hat einen methodischen Leitfaden zur „Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen“ herausgegeben. Er ist als Nutzwertanalyse und für die Praxis in Orten mit bis zu 500 Einwohnern angelegt. Zukunftsfähigkeit hängt eng mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung zusammen. Da aber die Prognose kleinräumiger Bevölkerungsentwicklung unsicher ist, werden Indikatoren herangezogen, deren Ausprägung die Entwicklung bestimmen. Zu den insgesamt 14 Merkmalen zählen die bisherige Bevölkerungsentwicklung, die Nähe zu Arbeitsplätzen und zum nächsten Zentrum. Auch verschiedene Ausstattungsmerkmale wie Kita, Schule, Laden, Breitband sowie die landschaftliche Attraktivität gehören dazu, ebenso wie die Beeinträchtigung durch den Verkehr, der bauliche Zustand und die Größe des Dorfes. Diese teils multidimensio-

nen Merkmale ergeben bewertet, gewichtet und aggregiert eine Zahl: den Wert für die Zukunftsfähigkeit eines Ortes.

Zwar liefert der Leitfaden strukturierte Informationen über Potenziale und Defizite eines Dorfes. Um allerdings die subjektiven Einflüsse in der Bewertung und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, muss die Bewertung – auch der Einzelindikatoren – vollständig transparent verlaufen. Nur dann kann auch der nötige Diskurs über die örtliche Entwicklung entstehen, an dem die Menschen vor Ort teilhaben können. Und nur dann bekommen die Akteure nicht nur eine Kennzahl, sondern können aktiv werden. Hier fehlt in der Publikation der Hinweis, wie die Aktivitäten der Menschen jenseits der Indikatoren in die Bewertung einfließen oder welche Rückwirkungen eine schlechte Bewertung auf die Motivation hat, sich einzubringen. Die Analyse mit dem Leitfaden kann eine Basis für Diskussionen sein und möglicherweise Entscheidungshilfen liefern. Den Umgang mit einem schlechten Wert müssen die Menschen vor Ort selber lernen, Strategien und konkrete Verbesserungsmöglichkeiten mit den Verantwortlichen in der Gemeinde oder der Region selbst entwickeln.



Bestimmung der Zukunftsfähigkeit ländlicher Siedlungsstrukturen - Methodischer Leitfaden, Stiftung Schloss Ettersburg (2014), 48 Seiten
freier Download auf:

www.stiftung-ettersburg.de/aktivitaeten/projekte/

Schrumpfung konstruktiv, offen und offensiv diskutieren

Von Anja Rath

Im Rahmen von drei Workshops trafen sich 2012 und 2013 Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis, um den bisherigen Diskurs zu regionalen Schrumpfungprozessen sowie Erfahrungen mit deren Gestaltung zu reflektieren und eine konstruktive Bilanz zu ziehen. Die Publikation „Regionale Schrumpfung gestalten“ fasst deren Erkenntnisse zusammen. Sie setzt die Akzeptanz von regionalen Schrumpfungprozessen voraus und formuliert dazu drei grundlegende Thesen: Schrumpfung kann und muss gestaltet werden. Es gilt, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und es sind räumliche Differenzierungen und Interaktio-

nen zu beachten und zu nutzen. Den größten Teil der Publikation nehmen neun Handlungsempfehlungen ein, die von der regionalen Siedlungsentwicklung über Kommunikations- und Abstimmungsprozesse bis zu Rahmenbedingungen für Lösungs- und Förderansätze reichen. Sie werden mit je einem ausführlichen Praxisbeispiel veranschaulicht und durch Kurzinformationen zu Förderansätzen und weiteren Beispielen ergänzt. Sowohl mit dem großen und anschaulichen inhaltlichen Spektrum als auch mit noch offenen Fragen an die Forschung regt die Publikation zur Auseinandersetzung mit Schrumpfung an.



Regionale Schrumpfung gestalten. Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen: Küpper, P., Steinführer, A., Ortwein, S. und Kirchesch, M., Johann Heinrich von Thünen-Institut und Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2013), 60 Seiten, als kostenloser Download auf www.ti.bund.de/startseite/thuenen-publikationen.html

... angekündigt

von Andrea Birrenbach und Anja Rath

**Kooperation und Wertschöpfung
in Kommunen –
Chance oder Risiko für das Dorf?**

Der Arbeitskreis Dorfwentwicklung lädt vom 12. bis 14. Oktober 2014 zum 19. Dorfsymposium nach Dipperz (Rhön) ein. Bei diesem Symposium werden verschiedene Kooperationsmodelle besprochen: interkommunale Kooperationen; Zusammenarbeit zwischen Unternehmen desselben Wirtschaftssektors; Kooperationen zwischen der öffentlichen Hand, den Unternehmen und der Bürgergesellschaft sowie zwischen Bürgern in Form von Genossenschaften. Auf dem Symposium werden die Übertragungsmöglichkeiten dieser Kooperationsmodelle aus einer dorfbezogenen Perspektive analysiert und Vor- und Nachteile diskutiert. Der Austausch über kooperationsfördernde Rahmenbedingungen sowie die Rolle von Initiatoren und Moderatoren soll den Teilnehmern neuen Input für die eigene Arbeit bieten.

Mehr Informationen unter www.ak-dorfwentwicklung.de

**Bürgerbeteiligung und Lernkultur:
Schlüssel zur nachhaltigen
Entwicklung ländlicher Räume!**

Der Verein „Ökologische Akademie“ und Partner laden Akteure aus der Regional- und Dorfwentwicklung sowie engagierte Bürger vom 13. bis 14. November 2014 ins bayerische Bad Alexandersbad ein. Vorträge, Impulsreferate mit Diskussionsgruppen sowie Workshops sollen dazu anregen, sich mit demokratischen Modellen des Zusammenwirkens im ländlichen Raum auseinander zu setzen. Impulsgeber der sechs Workshops sind Akteure aus der Praxis, die über gute Erfahrungen, aber auch über Hemmnisse und Widersprüche berichten. Neben dem Austausch von Planung, Bildung, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Bürgern soll die Fachtagung eine Kultur der Offenheit für unkonventionelle und vorbildliche Modelle fördern.

Mehr Informationen unter www.oeko-akademie.de

**DGD/BBSR-Dezembertagung 2014:
Perspektiven der Regionalentwicklung
in Schrumpfungregionen**

Der Arbeitskreis „Städte und Regionen“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) veranstalten gemeinsam am 4. und 5. Dezember 2014 ihre Dezembertagung in Berlin. Bei der Tagung mit dem Titel „Perspektiven der Regionalentwicklung in Schrumpfungregionen“ werden Beiträge präsentiert, die die unterschiedlichen Facetten des demografischen Wandels beschreiben und konkrete Lösungsansätze aus den Kommunen zeigen. Darüber hinaus werden Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder vorgestellt, die bei der aktiven Gestaltung der Veränderungen hilfreich sein können. Zudem soll diskutiert werden, wie neue Förderprogramme und -instrumente konkret ausgestaltet und weiterentwickelt werden sollten, um den künftigen demografischen Herausforderungen besser gerecht zu werden.

Mehr Informationen unter www.dstatg.de/de/startseite/aktuelle-news/article/call-for-papers-zur-dgdbbsr-dezembertagung-2014/



Bild: © Reimer - Pixelvario / Fotolia

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm –
Magazin für ländliche Räume abonnieren.
Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____

Vorname/Nachname _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.



Sie können LandInForm auch im Internet
unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn